

Pacht für Garagen steigt ums Fünffache

[07.10.10.23]
Lokales S.M.]

Garagenbesitzer finden Kostenanpassung der Stadt „unverschämt“.

VON ULRIKE AHREND

STRALSUND. Ab 2024 werden die Preise für Garagen in Stralsund deutlich angehoben. Nicht immer trifft dies auf Verständnis. So auch bei Garagenbesitzer Jörg Schulz.

Der 60-Jährige besitzt seit 2000 seine Garage an der Rosacker Chaussee. Die Miete betrug damals noch knapp 37 Euro im Jahr und wurde auf 100 Euro angehoben. „Dabei beruft sich die Hansestadt Stralsund auf die Verordnung zur Gestaltung angemessener Nutzungsentgelte“, merkt der Elektroingenieur an. Auch bei

der Erhöhung auf 480 Euro, die manche Garagenbesitzer in Stralsund betrifft, beziehe man sich darauf.

Das Amt für Planung und Bau berichtet, dass bereits seit „mehreren Jahren Garagengrundstücke regelmäßig zu diesen Konditionen“ verpachtet werden und begründet den Anstieg damit, dass Schulz' Garage bislang „unter dem ortsüblichen Nutzungsentgelt“ liegt.

„Viele der betroffenen Garagenbesitzer haben nichts gegen eine Anpassung, aber nicht in dieser unverschämten Höhe“, kritisiert das Mitglied

Kein Mensch ist gegen eine Erhöhung, aber man sollte die Kirche im Dorf lassen.

Jörg Schulz, Garagenbesitzer

der Bürger für Stralsund. Einen Widerspruch habe er bereits eingereicht.

„In welchem Zeitraum wurde städtisches Pachtland für Garagenneubauten wo, an wen und in welcher Höhe in der Hansestadt Stralsund angeboten und dann verpachtet?“, fragt sich der seit 2017 Selbstständige und fordert

eine Offenlegung als Nachweis für die Ortsüblichkeit der Kostenerrhöhung.

Er könne nur mutmaßen, ob die Stadt „Garagenmiete und Pachtland absichtlich verwechseln würde“. Es gehe vor allem „um die Entgelterhöhung beim städtischen Pachtland, auf dem seit Ostzeiten Garagen drauf stehen“. Diese „kann man nicht mit einer Garagenmiete gleichsetzen“, meint Schulz.

Recherchen des 60-Jährigen belegen, dass in Rostock zwischen 109 und 294 Euro, in Greifswald zwischen 20 und 200 Euro für eine Garage fällig

wären. Stralsund nähme damit die Spitzenposition ein.

„Kein Mensch ist gegen die Erhöhung, aber man sollte die Kirche im Dorf lassen“, merkt Jörg Schulz an. „Garagenbesitzer sind keine Großgrundbesitzer, es sind arbeitende Steuerzahler, Rentner mit der gleichen Belastung wie die anderen Mitbürger. Eine Erhöhung sollte und muss sozial im Rahmen bleiben.“

Er schlägt vor: „Stralsund soll die Besitzer mit dem Vorkaufrecht, ihre eigenen Garagen für den angegebenen Preis für fünf Jahre zu mieten, entschädigen.“